

# Erst Halleluja, dann Pleite

IHK-Akademie muss 1,3 Millionen Zuschüsse zurückzahlen – Richter empört

**BAYREUTH**  
**Von Peter Engelbrecht**

**Die pleitegegangene IHK-Akademie Oberfranken muss knapp 1,3 Millionen Euro staatliche Zuschüsse zurückzahlen. Dieses Urteil fällte das Verwaltungsgericht in Bayreuth.**

Da die durchschnittliche Insolvenzquote nur bei zwei bis fünf Prozent der ursprünglichen Forderungen liegt, so die Erfahrungen des Insolvenzverwalters, der Kanzlei Jaffe, wird der Freistaat voraussichtlich wohl nur 26 000 bis 65 000 Euro zurückbekommen. Der Rest an Steuergeldern ist weg.

Die 4. Kammer gab damit der Regierung von Oberfranken Recht, die den Widerruf von Zuwendungen für drei Weiterbildungsprojekte der IHK-Akademie gefordert hatte. Unter anderem deswegen, weil die IHK-Tochter nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens Ende 2007 nicht mehr in der Lage gewesen sei, ihre Pflichten aus dem „Zuwendungsverhältnis“ zu erfüllen. Geklagt hatte der Insolvenzverwalter mit dem Argument, dies sei auch trotz der Pleite weiterhin möglich.

Konkret ging es um einen Zuwendungsbescheid aus 2005 für das Projekt „Mobile Learning“ von 450 000 Euro. „Wir halten den Zweck für nicht erfüllt“, erklärte Vorsitzender Richter Bernd Stammberger. Weiterhin flossen 2006 für das Vorhaben „Integration der beruflichen Weiterbildung“ 600 000 Euro. Hier ging es

um die „detaillierte Integration von Hochschulinhalt in die berufliche Aus- und Weiterbildung“, so die Projektbeschreibung der IHK-Akademie. Stammberger schüttelte den Kopf und meinte, „wir haben das Ziel nicht verstanden“. Auch bei seiner entsprechenden Nachfrage bei den Rechtsanwälten des Konkursverwalters und bei den Juristen der Regierung von Oberfranken machte sich dort lediglich Ratlosigkeit breit.

„Es ist unglaublich“

„Außer einer Stoffsammlung ist nichts passiert“, lautete das Fazit von Stammberger. Die Stoffsammlung wurde an die Fachhochschule Coburg vergeben, eine studentische Hilfskraft hatte sie aus dem Internet-Lexikon Wikipedia zusammengeschrieben. Da, wo es interessant werde, habe die Hilfskraft vermerkt: „Muss noch recherchiert werden.“ Die Akademie sollte dafür knapp 300 000 Euro berappen. „Es ist unglaublich, was da gelaufen ist“, zeigte sich Stammberger empört.

Ein weiteres Projekt betraf die „Karriereplattform Oberfranken“. Dafür flossen 2007 genau 222 000 Euro. Deren Zweck war es, im Pilotbetrieb eine Internetplattform einzurichten, um Fachkräfte zurückzuholen. Das Projekt sei über das Anfangsstadium nicht hinausgekommen, wunderte sich Stammberger. Eine Datenbank sei nicht eingerichtet worden, „damit wurde der Zweck verfehlt“. Zudem wollte er wissen, wo hier denn der Pilotbetrieb sei.

Darauf antwortete Rechtsanwalt Frank Buerstätter, seitens der IHK habe das Controlling offenbar nicht funktioniert. Stammberger meinte, dieses angebliche neue Pilotprojekt gebe es doch bereits bei den Arbeitsagenturen. Und Oberregierungsrat Martin Steiner von der Regierung von Oberfranken fügte an, das Wort Pilotprojekt werde genannt, damit sich das Vorhaben besser verkaufen lasse. „Wenn alles so toll war, warum wurde dann von drei Projekten nach der Insolvenz kein einziges auch in öffentlicher Trägerschaft weitergeführt?“, fragte Stammberger. „Denn die haben doch zuvor alle Halleluja geschrien“, und nannte hier konkret die Handwerkskammer und die IHK.

Auch IHK zweifelte

Der IHK waren die „Pilotprojekte“ offenbar selbst nicht ganz geheuer, denn Hauptgeschäftsführer Hans F. Trunzer hatte im Juni 2008 die Fortsetzung des Vorhabens „Karriereplattform“ beantragt, dies aber im September wieder zurückgezogen. Und die IHK-Hauptversammlung votierte dafür, eine Rechtsnachfolge der Akademie auszuschließen – offenbar aus Haftungsgründen. Bekanntlich war die Rede davon, dass die Akademie 2,8 Millionen Euro Schulden angehäuft hatte. Auch Kammerfunktionäre waren in ihren Gremien tätig, die Staatsanwaltschaft hatte 2008 und 2009 gegen drei Personen in Zusammenhang mit der Insolvenz Anklage erhoben. Verhandlungstermin unbekannt.